



„Wegen Umbau geöffnet“

**Rede des SPD-Kreisvorsitzenden
Guido van den Berg**

**am 05.12.2009
auf dem Kreisparteitag der Rhein-Erft SPD
in Kerpen-Horrem**

Es gilt das gesprochene Wort.

Verehrte Gäste des Parteitages,
liebe Genossinnen und Genossen,

der Rechenschaftsbericht der Kreispartei liegt Euch schriftlich vor. Der erste Absatz ist überschrieben mit „Wahlkampf, Wahlkampf; Wahlkampf.“ Wohl war. Außerhalb von Parteien kann sich kaum einer vorstellen, wie viel Arbeit dahinter steckt. Und wenn das Ergebnis nicht passt, war meist alles schlecht. Deshalb will ich es gleich zum Anfang sagen: Ein riesengroßes Dankeschön an alle die Einsatz gezeigt haben: Die engagierten Genossinnen und Genossen in den Ortsvereinen, den Kolleginnen und Kollegen im Kreisvorstand, unserem Team im Fritz-Erler-Haus, aber auch unseren Spitzenkandidaten auf Kreisebene: Gabi, Helga und Hans. Hier ist viel gearbeitet worden.

Nur wo gearbeitet wird, passieren bekanntlich auch Fehler. Deswegen ganz eindeutig: Das Jahr 2009 war kein gutes Jahr für die SPD. In Europa, im Bund und auch hier vor Ort im Rhein-Erft-Kreis. Die Versuchung ist immer groß Verantwortlichkeiten bei anderen zu suchen. Nur noch vom Trend zu sprechen. Es wäre falsch. Nach der Bundestagswahl und nach der Kommunalwahl haben zahlreiche Runden mit Wahlanalysen stattgefunden. Wir haben offene Worte gefunden. Ich glaube das war richtig so. Fehler in unserer Zuständigkeit haben wir zur Sprache gebracht. Gesagt, was besser, was anders werden muss. Die wirklich allermeiste Kritik war an der Sache orientiert. Für diese Kritik will ich danken. Auch ganz persönlich.

Es gibt auch Glückwünsche: An Marlies in Kerpen an Walther in Hürth, an Wilfried in Elsdorf und - neu – an Franz-Georg in Erftstadt. Man kann hier Gutes abgucken. Und was mich besonders gefreut hat, die vier wollen sich mehr in der Kreispolitik einbringen. Das wird uns gut tun.

Fest steht, wir müssen die Kreisebene ernster nehmen. Ein erkennbares, ein eigenes politisches Profil entwickeln, nicht im stillen Kämmerlein, mit anderen gemeinsam, auch außerhalb der Partei, und nicht nur im Kreisvorstand, mit der Kreistagsfraktion den Ratsfraktionen und den Ortsvereinen. Unsere Kreispolitik verdient einen neuen Stellenwert. Wir wurden mit unter 30 % bei der Kreistagswahl nach Hause geschickt. Die Wählerinnen und Wähler haben also klar gesagt, schaut, was könnt ihr besser machen.

Erste Schritte werden wir heute vermutlich gehen: Deutlich machen, dass alle Mitglieder in unserer Partei gefragt sind und gebraucht werden. Das Motto: „Wegen Umbau geöffnet.“ Mitsprache bei Sach- und Personalentscheidungen. Das ist wichtig. Aber es reicht bei weitem nicht.

Öffnen müssen wir uns auch nach Außen. Ich will Euch dazu eine kleine Geschichte aus dem Kreis Gütersloh erzählen. Dort ist vor 5 Jahren ein Freund von mir zum Bürgermeister in Versmold gewählt worden. Thorsten Klute, damals war er 30 Jahre alt holte damals ein 20.000 Einwohner Städtchen für die SPD. Erstmals seit 1945. In diesem Jahr ist er wiedergewählt worden. Mit dem Traumergebnis von 78%. So jemand fragt man natürlich: wie hast Du das gemacht? Thorsten hat mir gesagt: mit dem „roten Grill“. Vor Jahren haben die per E-Bay im Internet eine Imbissbude aus Rumänien ersteigert. Rot lackiert und SPD rauf geschrieben. Seither ist das Ding

regelmäßig – auch außerhalb von Wahlkämpfen – im Einsatz. Die fahren in die Ortsteile laden die Leute auf ein Bier oder ne Bratwurst ein und suchen das Gespräch. Kleinteilig aber beständig. So was in der Art brauchen wir mehr auch bei uns im Kreis. Daran will ich mit Euch arbeiten.

Die SPD muss aber auch der Ort sein wo wirklich spannenden Diskussionen für die politische Zukunft stattfinden. Ist da heute der Fall? Bei uns im Kreis oder auch im Ortsverein? Jede und jeder prüfe sich selber!

Ich weiß nicht jede und jeder ist Fan der Idee des Grundeinkommens. Auch wenn es einen klaren Parteitagsbeschluss dieser Kreispartei gibt. Man frage mal Bernhard oder Edgar. Die schauen immer etwas unglücklich, wenn das Thema kommt. Was man aber wirklich sehen muss, hier ist es uns gelungen, nicht nur im eigenen Saft zu schmoren. Die Arbeitsgruppe ist Anlaufpunkt und Ansprechpartner für viele auch außerhalb der Partei. Die finden, das, was da diskutiert und entwickelt wird spannend. Sie arbeiten zu und sehen die Chance, politische Ideen mit der SPD gemeinsam zu verwirklichen. Genau so muss das doch sein, liebe Genossinnen und Genossen. Ein großer Dank an die Arbeitsgruppe

Einladen von Bürgerinnen und Bürgern, die etwas bewegen wollen, lasst mich noch einen Augenblick bei dem Thema bleiben. 1969 vor genau 40 Jahren hat Willy Brandt eine berühmte Regierungserklärung gehalten: Das Motto „Mehr Demokratie wagen“, provozierte. Denn 1969 begann die Demokratie ja nicht. Und Adenauer, Erhard, Kiesinger: sie waren ja sicher nicht undemokratisch. Es gab die demokratischen Institutionen. Aber das reicht nicht. Demokratie kann nur bestehen, wenn Menschen sich engagieren können und engagieren. Bei Willy hieß das:

„Wir können nicht die perfekte Demokratie schaffen. Wir wollen eine Gesellschaft die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert.“

Also Demokratie nicht als Institution, nicht als Behördenvorgang und nicht als Konsumgut. Man muss selber mitmachen. Alle die die gemütlich in Sesseln sitzen und nur meinen, Parteien seien ja nicht attraktiv genug, liegen falsch. Ja, die SPD muss einladend sein, für die die Fortschritt wollen. Aber man muss selber mitmachen.

Konservative glauben nicht an Fortschritt, sie denken an das Bewahren an die gute alte Zeit. Das nie sozialdemokratisch gewesen. Ich glaube, wir brauchen heute etwas wie „Demokratie wagen Teil 2“. Einige haben hier im Wahlkampf die Piraten belacht. Komischer Name? Und was soll eine Partei, der es „nur“ um Freiheit im Internet geht? Bekommen haben die 2% der Wählerstimmen. Bezogen auf den Stimmanteil der SPD sind das aber 9%. Ich glaube die SPD muss hier aktiver werden.

Ich habe gelesen, dass die Zahl derer, die in den alten Bundesländern eine andere Staatsform als die Demokratie besser finden ist im Zeitraum von 2000 bis 2005 von 9% auf 17% gestiegen, in Ostdeutschland von 27% auf 41%. (Quelle: Datenreport 2006). Das muss beunruhigen. Ich will keine Ost-West-Debatte draus machen, da ich sicher bin, dass die Zahlen im Westen auch noch deutlich schlechter wären, wenn es nach 1945 nicht das Wirtschaftswunder gegeben hätte.

Ich will nur sagen: Demokratie ist niemals sicher. Wenn es einen Finanzkapitalismus gibt, der an den staatlichen Strukturen vorbei agieren kann, fragen die Menschen, wozu braucht es dann noch Politiker und Demokratie. Gefahren sind da. Und auch die die Instinkte setzen. In der kommenden Woche müssen wir uns mit der ersten Anfrage der Rechtspopulisten im Kreistag befassen. Es geht bezeichnender weise um die Höhe von Kosten zu Zuschüsse zum Lebensunterhalt bei Ausländern und um Abschiebungen von Ausländern. Liebe Genossinnen und Genossen: wir werden den Anfängen wehren müssen. Diese braune Soße darf nie mehr eine Chance bekommen. Wir müssen jeden Tag, um unsere Demokratie kämpfen.

Es ist übrigens falsch, wie in diesem Zusammenhang immer die erste Demokratie von Weimar immer ex post wird. Nach dem Motto: Das musste schief gehen, wegen Versailles, wegen mangelnder Tradition, ökonomischer Bedrängnis, oder Mängel der Verfassung. Ich sage klar das ist zynisch gegenüber denen, die ihr Leben für die erste Demokratie eingesetzt haben. Und ich sage klar, die Demokratie hatte sich entwickeln können, wenn es mehr Demokraten gegeben hätte.

Wir tragen Verantwortung. Andere aber auch. Und Unterschiede sind erkennbar: In der Kreispolitik spielen Inhalte bei einigen Akteuren mittlerweile eine kaum erkennbare Rolle mehr: Die Grünen votieren gegen energetische Gebäudesanierung. Vor der Wahl erklären sie angebliche Distanz und nach der Wahl zieht ihnen die Presse – vor allem die Kölnische Rundschau – scheinchenweise Personalabsprachen mit der CDU aus der Nase. Die Frage von Hans Krings war absolut berechtigt: Wer koaliert hier eigentlich mit wem? Transparenz ist Bestandteil von Demokratie. Reden und Handeln muss zueinander passen. Leider gilt derzeit: Wer im Kreis grün wählt, kann sich schwarz ärgern.

Die Presse ist frei. Aber ich weiß nicht, ob man Politik nur auf Taktik reduzieren darf. Ich glaube: Wer Politik nur noch daran bemisst, wer am besten parteipolitisch taktiert, wer geräuschlos Interessen durchsetzt, wer am effizientesten Absprachen trifft, und der das dann als gute Politik darstellt, der trägt aktiv dazu bei, dass Menschen sich von Politik abwenden.

Die schwarz-gelbe Koalitionsvereinbarung ist interessant zu lesen. Weniger wegen dem, was da drin steht. Da ist viel Prosa. Viel interessanter ist das was nicht drin steht. Und da nicht nur die geheimen Personalabsprachen. Interessant sind auch die Sachthemen, die ausgespart werden. Kein Wort zum Thema Phantasialand. Die Sache wird in nicht-öffentlichen Runden bei der WfG beraten und man will die Wählerinnen und Wähler vor den Wahlterminen im Unklaren lassen, was man eigentlich vorhat.

Und auch über die Kraftwerkserneuerung bei uns in der Region kein Wort. Das Ganze hat Gründe: Vor allem die Atomenergie. Unter sozialdemokratischer Verantwortung – vor allem auch mit Edgar Moron - haben wir noch auf die Einhaltung des Kraftwerkserneuerungsprogramms gedrungen. Die Vereinbarung war klar: RWE durfte Garzweiler II erschließen und Kohle verfeuern, die nicht dem Unternehmen sondern den Menschen dieser Region gehören. Dafür verpflichtete sich das Unternehmen alte Kraftwerke vom Netz zu nehmen und neuste Technik zum Einsatz zu bringen.

Wir stellen fest: Seitdem Schwarz-Gelb in NRW am Ruder sind, ist die Umsetzung des Kraftwerkerneuerungsprogramms nicht mehr erkennbar. Es gibt keinen Druck mehr auf RWE, Zusagen einzuhalten. Die Folge für die Umwelt ist dramatisch: Bei uns bleiben alte Anlagen mit höchsten CO₂ Emissionen weiter am Netz. Und die weiteren Betroffenen sind die Beschäftigten: Man setzt auf Atomkraft und investiert nicht mehr in die Zukunft des Reviers. Unter Schwarz-Gelb wird das Revier zum Auslaufmodell. Hier wird ganz bewusst Zukunft verspielt.

Wir hätten uns niemals ein Koalitionspapier leisten können, in dem die beiden größten Investitionsentscheidungen für den Kreis gar nicht auftauchen.

Da müssen wir auch Überschriften enttarnen. Jamaika spricht gerne über des „Energiekreis“. Wenn wir aber konkret aufzeigen, wie man Anreizwirkungen beim Wohngeld nutzen kann, um Wohnungen energetisch zu optimieren, dann ist das der zuständigen Fachverwaltung zu viel Arbeit. Lieber „Dachmarken“, eine neue Interneteseite. Aber nichts konkret machen.

Und dann das Thema Mindestlohn. Wir sind von den Putzkräften im Kreis auf ihre Bezahlung angesprochen worden: Zuerst hört es sich ja ganz gut an: Die Reinigungskräfte im Kreishaus erhalten einen tariflichen Lohn von 9,74 oder 8,15 Euro die Stunde. Jedoch erfährt man dann auf Nachfrage, dass die Raumpfleger der Fremdfirma durchschnittlich 207,6 Quadratmeter pro Stunde zu putzen hätten. Ist das realistisch?

Ich glaube nicht! Sicher gibt es auch große Flächen, die mit Maschinen geputzt werden. Im Durchschnitt sind jedoch auch Toiletten und Waschräume dabei. So wird der „Flurfunk“ der Kreisverwaltung wohl Recht haben, wenn er behauptet, dass die Putzkräfte meistens noch eine halbe Stunde ohne Bezahlung oben drauf legen. Das ist nicht in Ordnung! Und eine Frage bleibt noch: Warum sind ausgerechnet die Räume des Landrates, der Politik und der Dezernenten die einzigen, die nicht von einer Fremdfirma, sondern durch eigene Kräfte sauber gehalten werden?

Herr Zylajew behauptet die SPD habe ihren Anspruch „verwirkt“, in der Führung des Kreishauses personell vertreten zu sein. „Verwirkt“ diese Vokabel ist mir schon aufgefallen. Das ist schon eine Spur mehr als nur Arroganz der Macht. Dass Sozialdemokraten Gestaltungs- und Mitwirkungsrechte „verwirkt“ hätten, das hat es in unserer bald 150 jährigen Geschichte öfter gegeben: Es war der deutsche Kaiser, der bei seinen Sozialistengesetzen so gesprochen hat. Es waren die Nazis und die Kommunisten, die mit gleichen Vokabeln gegen die SPD auftraten. Ich sage daher sehr nachdrücklich: Herr Zylajew: Es gibt immer ein Auf- und Ab für Parteien in der Demokratie. Man verliert und man gewinnt Wahlen. Aber wenn man gegenüber der Sozialdemokratie, der ältesten demokratischen Partei urteilt, sie habe Mitwirkungsmöglichkeiten „verwirkt“, so weisen wir darauf hin, in welche historische Tradition sich Herr Zylajew stellt.

Das ist das gleiche Vorgehen wie das wieder entstandene Reklamieren von „bürgerlichen“ Parteien. Was heißt das? Ist die SPD etwa nicht bürgerlich? Sind wir keine Bürger dieses Landes? Wer hat den für bürgerliche Freiheiten gekämpft 1919? 1933? War es nicht so, dass Konservative und Liberale den Begriff der bürgerlichen

Freiheit und der bürgerlichen Demokratie zu großen Teilen erst nach 1949 für sich entdeckt haben und überhaupt in ihre Namen aufgenommen haben. Es gibt keine Partei wie die SPD, die eine so bürgerliche Tradition hat, sich für Demokratie und gegen Obrigkeitsstaatlichkeit einzusetzen.

Es gibt ein Auf und Ab bei Wahlen. Und die SPD hat Wahlen verloren. Sie hat auch Mitglieder verloren. Sie ist kleiner geworden. Aber die Sozialdemokratie ist nicht kleiner an Werten, an Überzeugungen und an Idealen geworden. Das ist die Kraft aus der wir schöpfen können. Mit Leidenschaft und Augenmaß – nach Max Weber die entscheidenden Kriterien für gute Politik.

Lasst uns das berücksichtigen, was ein kluger Inder einmal gesagt hat: Man muss selber die Veränderung sein, die man in der Welt sehen will.

Also ran! Glückauf!